

ARE

Die Schweiz hat sich von ihren Gründungsidealen von 1848 entfernt, meint der Club Helvétique* und fordert zum 1. August zum Umdenken auf.

Seit dem Ende des Kalten Krieges haben sich das Selbstverständnis der Schweiz und ihr Bild im Ausland mehr und mehr verändert. Der Wandel vollzog sich in einer für die Schweizer Geschichte einmaligen Häufung von Auseinandersetzungen und Entscheiden zur Asyl-, Ausländer- und Europapolitik. Diese reichten sich zu einem Dauerwahlkampf, in dem auf dem medienwirksamen Spannungskreuz «Volk gegen Elite» und «Einheimische gegen Fremde» Stimmung gemacht wird. Dabei hat die Schweiz in der Vorstellung der Mehrheit ihrer Bürgerinnen und Bürger die Gestalt einer Insel angenommen, an deren Gestade alle möglichen Übel der Welt anbränden und sie zu vergiften drohen. Sie ist im Begriff, sich in einen verstockten Nationalismus, eine neue Kleingeistigkeit und eine gefährliche Weltfremdheit zurückzuziehen. Dabei haben Staatsverständnis und Rechtsstaatlichkeit, aber auch die politische Kultur, Konkordanz und Kollegialität Schaden genommen.

Die Schweiz ist engstirniger und ihrer humanistischen Tradition untreu geworden. Statt Integrations- und Migrationspolitik betreibt sie eine hilflose und weitgehend symbolische Abschottungspolitik. Sie sitzt einem plumpen Antietatismus auf, der die Institutionen unseres Rechtsstaats diskreditiert, und hat es gleich mehrfach geschafft, einen Widerspruch zwischen Menschenrechten und Demokratie zu kreieren, obwohl es ohne Menschenrechte keine Demokratie geben kann.

Zugleich hat die Schweiz ihre Steuer- und Standortpolitik für Holdings, Briefkastenfirmen, Steuerhinterzieher und Superreiche auf die Spitze getrieben und den Missbrauch des Bankgeheimnisses auf Kosten ihrer Nachbarn und Verbündeten jahrzehntelang geduldet. Das Ende der Schweiz als eines mit unfairen Mitteln arbeitenden Steuer- und Standortparadieses hat begonnen. Die Schweiz ist ins Abseits geraten und muss sich dem Druck

ihrer wichtigsten Handelspartner beugen. Ihre Offshore-Politik ist gescheitert.

Leider ist die Schweiz aus ihrem Schaden nicht klug geworden. Sie begegnet dem ausländischen Druck mit hartnäckigem Unverstand. Die Gegenwehr der anderen hat ihre Fixierung auf die eigenen Interessen und ihre Blindheit für die Anliegen der anderen nur noch verstärkt. Ursache und Wirkung werden systematisch verwechselt. Anstatt vor der eigenen Tür zu wischen, erlebt sich die Schweiz als rundum bedroht. Ihre Scheuklappen sind grösser, nicht kleiner geworden.

Inselgefühle

Der Mehrheitsentscheid bei der «Masseneinwanderungsinitiative» vom 9. Februar bedeutet nun eine Zäsur. Der Bilateralismus und damit die mit Mühe und Aufwand erreichte Einbettung der Schweiz in Europa stehen vor dem Ende. Wie aus dem Fahrplan des Bundesrates für die Umsetzung der Initiative und die Verhandlungen mit der EU hervorgeht, haben wir im Jahr 2016 zu entscheiden, ob wir uns an heutigen Problemen orientieren und gemeinsame Lösungen mit unseren Nachbarn und Verbündeten finden wollen – wie es den offeneren Traditionsbeständen unserer Geschichte entspricht – oder ob wir uns weiter isolieren wollen. Denn beides zusammen, die Aufrechterhaltung der bilateralen Verträge und die Aufkündigung ihres Herzstücks, der Personenfreizügigkeit, ist nicht zu haben. Die EU kann der Diskriminierung einzelner Mitgliedstaaten nicht zustimmen, ohne ihre Grundlagen infrage zu stellen. Deshalb muss die Aufkündigung der Personenfreizügigkeit unsere ökonomische und politische Einbettung in Europa gefährden. Entgegen ihrer Propaganda war dies der SVP schon bei Lancierung der «Masseneinwanderungsinitiative» klar. Im Nachhinein bekennt sie nun Farbe und wendet sich mit einer «Durchsetzungsinitiative» direkt gegen die Personenfreizügigkeit.

In der kommenden Abstimmung 2016 geht es nicht bloss um ökonomische Aspekte der Bilateralen und Fragen der wirtschaftlichen Integration der schweizerischen Volkswirtschaft im europäischen Raum. Es geht um die Schweiz der Zukunft; um die Frage, welche Schweiz wir wollen. Um einen Kulturkampf, in dem sich die Vertreter der Scheuklappen-Schweiz und die Befürworter einer weltoffenen, humanitären Schweiz gegenüberstehen. Um den Entscheid darüber, ob wir, entgegen